



DGB

Hart verdient!

**Deine Arbeit.
Deine Gesundheit.
Deine Rente.**

**MACH
DICH
STARK
MIT UNS**

26. September
11:00 Uhr, Essen (Burgplatz)
Mit Yasmin Fahimi,
DGB-Vorsitzende

nrw.dgb.de/mitmachen/aktionstag-sozialstaat



„Kürzungssorgien sind keine Reformen“

Die Reformpläne der Bundesregierung sind umstritten. **DGB**-Landeschef Thorben Albrecht erklärt, warum die Gewerkschaften am Samstag in Essen demonstrieren

Matthias Korfmann

Düsseldorf/Essen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (**DGB**) ruft für diesen Samstag in 15 deutschen Großstädten zum Widerstand gegen die geplanten Sozialreformen. In NRW ist Essen das Zentrum des Protests (Treffpunkt Burgplatz). **DGB**-Landeschef Thorben Albrecht erklärt im Interview, was seiner Meinung nach jetzt auf dem Spiel steht.

Herr Albrecht, der **DGB ruft am Samstag dazu auf, für den Erhalt des Sozialstaats zu demonstrieren. Ort für die NRW-Kundgebung mit der **DGB**-Bundesvorsitzenden Yasmin Fahimi ist Essen. Warum dort?** Thorben Albrecht: Wir gehen mitten ins Ruhrgebiet, weil dort besonders viele Menschen auf einen starken Sozialstaat angewiesen sind und weil wir besorgt sind, dass gerade dort politische Populisten versuchen, aus Unmut Kapital zu schlagen. Wir zeigen in Essen, dass demokratischer Protest gegen Sozialkürzungen möglich ist.

An welchen Stellen ist Ihrer Meinung nach die Bundesregierung falsch abgebohen?

Sie ist bei ihren Reformvorhaben grundsätzlich falsch abgebohen. Die Bundesregierung und der Bundeskanzler haben offensichtlich den Eindruck, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die aktuellen Probleme der Sozialsysteme in Deutschland darauf fußen, dass Beschäftigte angeblich zu faul, zu krank und zu teuer sind.

Der Sozialstaat fährt auf der letzten Rille. Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner steigt, die der Pflegebedürftigen auch. Wie soll die Rettung möglich sein ohne Einschnitte? Gerhard Schröder hat diesem Land vor 20 Jahren mit seiner als ungerecht empfundenen Agenda-Politik viele stabile Jahre ermöglicht...

Unser Sozialstaat steht durch den demografischen Wandel natürlich vor Herausforderungen, die angegangen werden müssen. Kürzungssorgien sind aber keine echten Reformen. Die Agenda 2010

führte zu schlimmen politischen Verwerfungen, inklusive Veränderung der Parteienlandschaft, weil sie für die Menschen nur Verschlechterungen bedeutet hat. Das wäre wohl so nicht geschehen, wenn man gleichzeitig den Mindestlohn eingeführt hätte.

Dennoch hat Angela Merkel anschließend die Ernte der Reformen eingefahren, oder?

Wir sehen damals und heute: Wer Reformen machen will, aber nur auf Kürzungen setzt und keine Verteilungsfragen stellt, der erzeugt große Unruhe. In der Schröder-Zeit entstand nicht nur die WASG als Anti-SPD-Partei, sondern auch viel Enttäuschung, vor allem in Ostdeutschland. Und wozu das führt, sehen wir jetzt. Ein reiner Sparkurs bei den Reformen heute hätte fatale Konsequenzen. Schauen wir nur nach Sachsen-Anhalt. Wenn die Reformen einfach so durchgezogen werden, dürfte sich dieser Trend noch verschärfen.

Im Sommer schien es, als würde Schwarz-Rot bei den Reformen endlich auf die Zielgerade kommen. Nun, nach den Ostwahlen, wird wieder alles zerredet, und die Gewerkschaften zündeln sogar mit. Haben Sie keine Angst, dass Ihr Protest den Reformprozess um Monate zurückwirft? Die Herausforderungen bei den Sozialsystemen gibt es seit Jahren. Wir brauchen keine schnellen, sondern gute und gerechte Reformen. Es gibt keinen gesellschaftlichen Konsens für die Vorhaben der Bundesregierung. Mindestens drei von vier Bürgern sind gegen diese Reformpläne. Es muss also nachgebessert werden. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass Menschen nach 45 Jahren Arbeit nicht mehr abschlagsfrei in Rente gehen dürfen.

Die demografische Entwicklung ist aber, wie sie ist: Die Zahl der Ruheständler steigt. Das ist kein Wunsch-Dir-was...

Es stimmt: Die Rentensysteme werden durch die vielen Babyboomer für etwa 20 Jahre zusätzlich belastet sein und die Lage wurde

zum Beispiel durch die Einführung der Mütterrente ohne Gegenfinanzierung noch zusätzlich verschärft. Nun müssen wir die Rente für diese kritische Phase stabilisieren.

Und wie?

Durch mehr Beschäftigung und eine gerechtere Finanzierung. Es ist doch absurd, dass das Rückkehrrecht von Frauen aus familienbedingter Teilzeit in Vollzeit wieder abgeschafft werden soll. Sie werden dringend auf dem Arbeitsmarkt gebraucht! Wir müssen zudem mehr Ausbildungsplätze für junge Menschen zur Verfügung stellen und ausländische Abschlüsse müssen leichter anerkannt werden. Und die, die große Vermögen haben, sollten in dieser Krisenzeit einen höheren Beitrag zur Stabilisierung der Sozialversicherungen leisten als bisher. Das Einzige, was sich zuletzt immer nach oben entwickelt hat, sind die großen Vermögen, das ist schlicht ungerecht. Die Zahl der Beitragszahler ließe sich auch erhöhen, wenn Selbstständige und Abgeordnete in die Sozialversicherung einzahlen müssten.

Beamte nicht?

Beamte haben aus guten Gründen ein eigenes System und das lässt sich auch nicht einfach umstellen. Täte man es, müsste der Staat eine Zeit lang doppelt zahlen: Pensionen und Rentenversicherungsbeiträge.



Die Bundesregierung meint, Beschäftigte seien angeblich zu faul, zu krank und zu teuer.

Thorben Albrecht
DGB-Vorsitzender in NRW

träge. In einer Zeit, in der das Geld knapp ist, geht das nicht.

In NRW verschwinden jeden Monat tausende Industrie-Arbeitsplätze, und Sie träumen von mehr Beschäftigung?

Wir müssen verhindern, dass die Leute vor die Tür gesetzt werden, und alles dafür tun, wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen. Die Frage, ob die Sozialversicherungsbeiträge 0,5 Prozent höher oder niedriger sind, ist im Wettbewerb mit China und den USA unerheblich. Wir müssen auf Innovationen setzen und unsere Märkte vor Dumping und wirtschaftlicher Erpressung aus dem Ausland schützen. Wenn die großen Player nicht mehr nach den Regeln spielen, müssen wir auch unsere Strategie ändern.

Sie haben vor dem Protest am Samstag gesagt, mit Kürzungssorgien, mit Einschnitten bei Arbeit, Rente, Pflege ließen sich die Probleme nicht lösen. Nötig seien mehr Investitionen in eine moderne Infrastruktur, in Digitalisierung und in die Bildung. Tatsache ist, dass sich dieses Land gerade mit Unsummen genau dafür verschuldet. Wie wäre es mit Sparen? Es ist erstens gut, dass es das Sondervermögen für die Infrastruktur gibt. Zweitens können wir uns aus dieser Krise nicht herausparen. Das geht nur über Investitionen, öffentliche und private.

Rechtsextremisten haben nicht nur in Ostdeutschland Zulauf, sondern auch in NRW und besonders im Ruhrgebiet. Haben die Parteien der Mitte den Draht zu den Bürgern verloren?

Das trifft zum Teil zu. Wenn die Verbindung noch stabil wäre, lägen jetzt nicht solche Reformvorschläge auf dem Tisch. Die Regierungsparteien in Berlin wissen offensichtlich nicht mehr, vor welchen Herausforderungen Beschäftigte und ihre Familien heute stehen. Es gibt aber auch Beispiele, dass es anders geht – nehmen Sie zum Beispiel den bürgernahen und erfolgreichen Wahlkampf von Manuela Schwesig.

DGB fordert gerechte Sozialreformen

A

Essen. Bundesweit haben am Samstag nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in 15 Städten rund 175.000 Menschen gegen Reformvorhaben der Bundesregierung im sozialen Bereich protestiert. Die DGB-Vorsitzende, Yasmin Fahimi, warb für gemeinsam und sozial gerecht gestaltete Reformen. „Wir sind bereit für Veränderung“, sagte sie bei einer Kundgebung auf dem Essener Burgplatz. „Aber nicht, indem unsere Rechte geschliffen, unsere soziale Sicherheit gekürzt und unsere Lebensleistung entwertet werden.“ Der DGB NRW zählte in Essen rund 18.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Polizei sprach von etwa 12.000 Demonstranten. *end*

Meinung

Zehntausende bei Protesten gegen Sozialkürzungen

Der **DGB** hatte in 15 Städten zu Kundgebungen aufgerufen. In Essen nahmen laut Veranstalter rund 18.000 Menschen teil.

Essen. Rund 18.000 Menschen haben am Samstag in Essen nach Angaben des NRW-Landesverbands des Deutschen Gewerkschaftsbunds (**DGB**) gegen die Reformvorhaben der Bundesregierung demonstriert. „Gerade, wenn sich unsere Wirtschaft verändert, brauchen die Menschen Sicherheit – einen Sozialstaat, der niemanden fallen lässt und den sich die Beschäftigten dieses Landes hart erarbeitet haben“, erklärte die **DGB**-Bundesvorsitzende Yasmin Fahimi auf dem Essener Burgplatz. Die Essener Veranstaltung war Teil eines bundesweiten Aktionstags des Gewerkschaftsbunds in insgesamt 15 Städten unter dem Motto „Hart verdient! Deine Ar-

beit. Deine Gesundheit. Deine Rente“. Dazu gehörten neben Essen auch Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg und Saarbrücken.

„Eine starke Wirtschaft entsteht nicht dadurch, dass wir soziale Sicherheit abbauen und die Belastung für die Beschäftigten weiter erhöhen“, kritisierte Fahimi. „Sie entsteht durch Investitionen, durch Innovationen, durch gute Arbeit und durch gute Löhne, die Kaufkraft sichern.“ Es brauche moderne Infrastruktur, verlässliche Rahmenbedingungen und Schutz im internationalen Wettbewerb. Beschäftigte seien mit ihren Ansprüchen kein Hindernis für die Wirtschaft. „Wir sind bereit für Veränderung“, betonte sie. „Aber



DGB-Bundesvorsitzende Yasmin Fahimi spricht bei der Veranstaltung in Essen.
Friedrich Stark

nicht, indem unsere Rechte geschliffen, unsere soziale Sicherheit gekürzt und unsere Lebensleis-

tung entwertet werden.“

Die Proteste richten sich unter anderem gegen eine drohende Ab-

schaffung des Acht-Stunden-Tages, die Attestpflicht ab dem ersten Krankheitstag, höhere Zuzahlungen für Versicherte im Gesundheitsbereich, ein schrittweises Steigen des Renteneintrittsalters, schlechtere Bedingungen für Altersteilzeit und die Streichung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren. Fahimi erklärte, dass Sozialversicherungen kein Geschenk, sondern von den Beschäftigten erarbeitet seien. Wer Beiträge senke, indem Leistungen gekürzt würden, verlagere Kosten auf Versicherte. „Unsere Sozialversicherungen sind kein Sparschwein, das die Regierung plündern kann, wenn die Kassen knapp werden“, sagte sie. *epd*

Großproteste gegen Sozialreformen

Gewerkschaftsbund ruft bundesweit zu Demos auf - auch in Essen. NRW-**DGB**-Chef Albrecht: „Reiner Sparkurs wäre fatal“

Matthias Korfmann

Essen/Düsseldorf. Der Protest gegen die geplanten Sozialreformen wird am Samstag in 15 deutschen Großstädten sichtbar sein: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (**DGB**) ruft zu Demonstrationen gegen Sozialkürzungen auf. In NRW ist Essen das Zentrum dieses Widerstands.

Der **DGB**-Landesvorsitzende Thorben Albrecht wirft dem Bund vor, mit seinen Reformplänen grundsätzlich „falsch abgebogen“ zu sein. „Die Bundesregierung und der Bundeskanzler haben offensichtlich den Eindruck, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die aktuellen Probleme der Sozialsysteme in Deutschland darauf fußen, dass Beschäftigte angeblich zu faul, zu krank und zu teuer sind“, sagte Albrecht im Interview mit dieser Redaktion.

Ein reiner Sparkurs hätte womöglich fatale Konsequenzen, warnt der 56-Jährige. Sollten die

Reformen „einfach so durchgezogen“ werden, dürfte sich der Rechtsruck, der bei der Wahl in Sachsen-Anhalt sichtbar wurde, weiter verschärfen. Albrecht führt den **DGB** in NRW seit Dezember 2025. Davor war er unter anderem Bundesgeschäftsführer der SPD.

Die Kundgebung am Samstag in Essen beginnt um 11 Uhr auf dem Burgplatz. Der **DGB** rechnet mit rund 10.000 Teilnehmern. Hauptrednerin ist die **DGB**-Bundesvorsitzende Yasmin Fahimi. Das Motto der bundesweiten **DGB**-Protestaktionen lautet „Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente.“ Kundgebungen wird es zum Beispiel auch in Berlin, Frankfurt und Hamburg geben.

Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben den Streit um den Reformkurs des Bundes weiter befeuert. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) betonte noch am Wahlabend von Mecklenburg-Vorpom-



Die Bundesregierung ist bei ihren Reformvorhaben grundsätzlich falsch abgebogen.

Thorben Albrecht
DGB-Chef in NRW

mern und Berlin, dass er am Reformkurs festhalten werde. „Deutschland ist reformfähig“, sagte er.

Das scheint eine Mehrheit der Bundesbürger anders zu sehen.

Laut einer neuen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF erwarten zwei Drittel der Befragten (67 Prozent) nicht, dass der Kanzler seine Reformen im Großen und Ganzen fortsetzen kann. Nur 28 Prozent glauben laut dem „ZDF-Politbarometer“, dass er Erfolg hat. Selbst unter Anhängern der Union glauben der Umfrage zufolge 43 Prozent nicht daran.

Gleichzeitig schwindet die Unterstützung für die geplanten Einschnitte bei Gesundheit, Rente und Pflege beim Koalitionspartner SPD. So dringt die Ruhr-SPD auf ein Aufschnüren der Rentenreform. Vor allem die geplante Abschaffung des abschlagsfreien Renteneintritts nach 45 Arbeitsjahren ist ihr ein Dorn im Auge. Auch die SPD-Bundesvorsitzenden Bärbel Bas und Lars Klingbeil stehen unter Druck: Teile ihrer Partei erwarten von ihnen, dass sie sich zwischen Parteivorsitz und Ministeramt entscheiden. Rhein-Ruhr

1 Deutschland Zehntausende demonstrieren für den Sozialstaat

In Deutschland sind zehntausende Menschen im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags der Gewerkschaften gegen die geplanten Reformen im Sozialwesen auf die Straße gegangen. Die DGB-Vorsitzende Fahimi sagte in Essen, man lasse sich nicht einfach nehmen, was in vielen Jahren an sozialen Standards aufgebaut worden sei.

26.09.2026



Die DGB-Vorsitzende Fahimi fordert sozial gerechte Reformen. (IMAGO / epd / IMAGO / Friedrich Stark)

Allein in Nürnberg waren es laut Polizei zwischen 20.000 und 25.000 Menschen. Für Essen nannte sie 12.000 Teilnehmende, für Frankfurt am Main 15.000. Rund 13.000 Menschen seien es in Hannover und 5.500 in Berlin gewesen. Die Organisatoren vom Deutschen Gewerkschaftsbund nannten teils höhere Zahlen. Auch in anderen Orten Deutschlands gab es Demonstrationen.

Die DGB-Vorsitzende Fahimi kündigte in Essen einen weiteren Einsatz gegen Sozialabbau an. Erneut kritisierte sie Forderungen nach längeren Arbeitszeiten und einer Aufweichung des Acht-Stunden-Tages. Auch die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren müsse bleiben. Verdi-Chef Werneke warf der Regierungskoalition einen Angriff auf die Rechte der abhängig Beschäftigten vor. Es müsse endlich Schluss sein mit dem – so wörtlich – „Klassenkampf von oben“.

2 Tausende protestieren gegen Sozialreformen der Bundesregierung

Stand: 26.09.2026, 17:22 Uhr

Mehr als 10.000 Menschen kamen zur zentralen NRW-Kundgebung auf den Burgplatz. Es geht um Rente, Arbeitszeit und Gesundheit.

Von



[Dirk Groß-Langenhoff](#)

Pfiffe hallten über den Platz, kaum ein Fleck blieb frei: Am Samstagmittag war der Essener Burgplatz bis an den Rand gefüllt. Mehr als 10.000 Menschen kamen zur zentralen NRW-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Zuvor waren die Demonstrierenden von der Altendorfer Straße durch die Innenstadt gezogen.

Pressespiegel DGB Region Ruhr-Mark vom AKTIONSTAG 26.09.2026 in Essen



Tausende Menschen laufen bei der Demo durch Essen

Bildquelle: WDR/Dirk Groß-Langenhoff

Essen war eine von 15 Städten, in denen der DGB unter dem Motto "*Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente.*" gegen die Sozialreformen der Bundesregierung protestierte.

"Was wir uns hart erarbeitet haben, das lassen wir uns nicht nehmen!" *Yasmin Fahimi, DGB-Vorsitzende*

Hauptrednerin war die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi. Sie wies den Vorwurf zurück, Beschäftigte arbeiteten zu wenig. "*Unsere Sozialversicherungen sind kein Sparschwein, das die Regierung plündern kann, wenn die Kassen knapp werden*", sagte Fahimi. Eine starke Wirtschaft entstehe durch Investitionen und gute Löhne, nicht durch den Abbau sozialer Sicherheit.



Der DGB hatte zu einer Kundgebung aufgerufen.

Bildquelle: WDR/Dirk Groß-Langenhoff

Konkret wehren sich die Gewerkschaften gegen eine Attestpflicht ab dem ersten Krankheitstag, ein höheres Renteneintrittsalter und das Aus für die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren. Auch Änderungen am Arbeitszeitgesetz lehnen sie ab. Mehr Investitionen wollen sie unter anderem über eine Steuer auf hohe Vermögen finanzieren.

3 Arbeitgeber kritisieren Aktionstag

Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, warf dem DGB "*rituelle Reformverweigerung*" vor. Demografie, Fachkräftemangel und internationaler Wettbewerb ließen sich nicht wegemonstrieren, sagte er. Die Bundesregierung betont dagegen, ihr Reformpaket solle den Sozialstaat erhalten.

DGB spielt AfD in die Karten

Frontalopposition gefährdet Arbeitsplätze.



**Stefan Schulte,
Ressortleiter Wirtschaft**

Essen. Jetzt machen also die Gewerkschaften mobil gegen Sozialabbau. Doch baut den Sozialstaat ab, wer unsere Sicherungssysteme bezahlbar halten will? Oder baut den Sozialstaat ab, wer verhindert, dass er alle paar Jahrzehnte an die Realitäten seiner Zeit angepasst wird?

Was derzeit in Deutschland umgeht, ist ein Sozialpopulismus, der Stimmungen und Stimmen einfängt, unseren Kindern und Enkeln aber die Zukunft verbaut. Der ignoriert, dass unser Land altert. Der über die Gesetze der Mathematik einfach hinweg brüllt. Der Erfolg gibt der AfD, der Linken und auch der SPD-Hoffnung Manuela Schwesig ja recht: Wider jede Vernunft ein-

fach nur dagegen zu sein, verfängt in diesen Zeiten. Wer will schon länger arbeiten, höhere Beiträge zahlen oder auf irgendetwas verzichten?

Doch Ignoranz faktischer Probleme ist das Letzte, was unser Land jetzt braucht. Denn sie werden durch Untätigkeit nur immer größer. Während der Populismus in der Politik zumindest nachvollziehbar ist, weil er Zulauf bringt, schadet er den Gewerkschaften am Ende nur. Unsere Industrie streicht schon jetzt jeden Monat Tausende Arbeitsplätze. Ohne Reformen verlieren noch mehr Menschen ihre Jobs und die Gewerkschaften Mitglieder.

Der **DGB** fordert stattdessen höhere Reichen- und Erbschaftssteuern. Das ist ja okay, nur hilft es unseren Sozialsystemen nicht, die müssen sich selbst tragen. Und das ist ohne Härten nicht machbar, wenn weniger Beitragszahler mehr alte, kranke und pflegebedürftige Menschen versorgen müssen. Die Gewerkschaften sollten die Realitätsverweigerung der AfD und der Linken überlassen. Und sich selbst konstruktiv und verantwortungsvoll einbringen. So, wie sie es in ihren Tarifrunden tun.